

## **ANFRAGEN an den Bürgermeister**

### **1) Schwerpunktprogramm „Mehrweg“**

GRin. Mag.<sup>a</sup> **Bauer** stellt folgende Anfrage:

#### **Motivenbericht nur schriftlich:**

Am 17. Februar 2011 habe ich in einem – im Übrigen einstimmig angenommenen – Dringlichkeitsantrag einen besonderen Schwerpunkt betreffend Forcierung von Mehrwegverpackungen eingefordert. Die konkreten Zielsetzungen dieses Dringlichkeitsantrages waren:

- Informationsgespräche mit dem Handel, um auf diesen einzuwirken, Mehrweggebinde zu forcieren und verstärkt zu bewerben,
- gemeinsam mit dem Handel Möglichkeiten für entsprechende bewusstseinsbildende Initiativen zu entwickeln und
- durch Schwerpunktaktionen gemeinsam mit dem Handel - beispielsweise durch eine „Aktionswoche Mehrweg“ oder durch Auszeichnung von jenen Unternehmen, die vermehrt auf Mehrweg setzen - Mehrweggebinde zu forcieren.

Dieser Dringlichkeitsantrag wurde, wie bereits erwähnt, einstimmig angenommen. Und dass der Grazer Gemeinderat mit der Forderung eines Schwerpunktprogrammes „Mehrweg“ auf dem richtigen Weg war, zeigte sich ja beispielsweise auch darin, dass sich etwa die Sozialpartner am 30. Juni 2011 darauf einigten, Maßnahmen zu setzen, den Mehrweganteil im Handel zumindest auf dem Niveau von 2010, also bei 22 Prozent zu stabilisieren, weil Mehrweg ökologische Vorteile aufweist, regionale Wertschöpfungsketten stärkt und Studien zeigen, dass die PET-MW-Flasche die beste Umweltperformance aufweist und das größte ökologische Potential hat sowie dass Mehrwegsysteme das Littering eindämmen. Auch im Nationalrat forderte die Grüne

Abgeordnete Christine Brunner im Oktober des Vorjahres vehement die Wiedereinführung der Mehrwegflasche ein. Und erst gestern wurde in Wien eine von Pricewaterhouse Coopers im Auftrag der Deutschen Umwelthilfe durchgeführte Studie vorgestellt, wonach die klassische Mehrwegflasche den Einweg-Getränkeverpackungen nicht nur ökologisch, sondern unter Nachhaltigkeitsgesichtspunkten auch ökonomisch und sozial deutlich überlegen sei.

Alles Punkte, die deutlich zeigen, dass der Gemeinderat mit seinem Beschluss vom Februar 2011 auf dem richtigen Weg war. Umso unverständlicher: Trotz dieses einstimmigen Beschlusses und obwohl es breiten Konsens darüber gibt, dass Mehrwegverpackungen unbedingt zu forcieren seien, scheint dieser Bereich im Arbeitsprogramm der Grazer Umweltreferentin Bürgermeister-Stellvertreterin Lisa Rücker nicht auf.

Namens des sozialdemokratischen Gemeinderatsklubs stelle ich an Sie, sehr geehrter Herr Bürgermeister, daher die

### **Anfrage,**

ob Sie bereit sind, auf die Umweltreferentin einzuwirken und ihre nahezu legen, den Themenbereich Mehrweg – wie vom Gemeinderat im Vorjahr einstimmig eingefordert – doch noch in das Arbeitsprogramm 2012 aufzunehmen.

***Der Bürgermeister erklärt, die Anfrage wird der geschäftsordnungsmäßigen Behandlung zugewiesen.***

## **2) Gewährleistung der 17-Minuten-Reanimationszeit im Brandfall im Bezirk Mariatrost**

GRin. **Meißlitzer** stellt folgende Anfrage:

### **Motivenbericht nur schriftlich:**

Die Feuerwache Kroisbach in der Mariatroster Straße ist bekanntlich seit längerem nicht mehr von der Berufsfeuerwehr Graz besetzt, sondern fällt in den Verantwortungsbereich der Freiwilligen Feuerwehr. Allerdings sind statt des sechsköpfigen BF-Einsatzzuges, der dort rund um die Uhr für den Ernstfall abrufbar war, nach Berichten von BezirksbewohnerInnen oft nur zwei bis drei Mitglieder der Freiwilligen Feuerwehr anwesend.

Und genau darin könnte sich ein ernsthaftes Problem auftun: Denn die BF Graz richtet ihre Ausfahrten nach der sogenannten Reanimationszeit. Diese sagt aus, dass es bei einem „normalen“ Zimmerbrand mit normaler Ausdehnung nach 17 Minuten eine hohe Chance gibt, die Person(en) in diesem Raum zeitgerecht zu reanimieren und ihnen damit das Leben zu retten.

Abgesehen von der Frage, inwieweit die Freiwillige Feuerwehr derzeit überhaupt in der Lage ist, einen solchen Alarmfall zu bewältigen, kann im Falle einer Unterbesetzung der Feuerwache Kroisbach in vielen Teilen des Bezirkes Mariatrost diese Reanimationszeit überhaupt nicht gewährleistet werden: Denn im Ernstfall müsste die Berufsfeuerwehr vom Lendplatz bzw. vom Dietrichsteinplatz ausrücken – und wer die Verkehrssituation kennt weiß, dass damit ein Einsatz innerhalb von 17 Minuten in vielen Mariatroster Wohngegenden nicht möglich ist.

Namens des sozialdemokratischen Gemeinderatsklubs stelle ich daher an Sie, sehr geehrter Herr Bürgermeister, die

**Anfrage:**

Welche Maßnahmen werden seitens der Stadt Graz ergriffen, dass in einem Brandfall die Einsatzkräfte der Feuerwehr innerhalb der Reanimationszeit von 17 Minuten vor Ort sind?

*Der Bürgermeister erklärt, die Anfrage wird der geschäftsordnungsmäßigen Behandlung zugewiesen.*

### 3) Grazer Volkstheater

GRin. **Meißlitzer** stellt folgende Anfrage:

**Motivenbericht nur schriftlich:**

Wie ich nunmehr erfahren habe, plant das Grazer Volkstheater für die kommenden Monate, das ihr von der Stadt prekaristisch überlassene Objekt im Fröbelkomplex regelmäßig weiterzuvergeben, wiewohl auf der anderen Seite den dort situierten Schulen nach wie vor die Möglichkeit verwehrt wird, für schulische Veranstaltungen die dringend benötigten Räumlichkeiten kostenlos zu nutzen.

Namens der sozialdemokratischen Gemeinderatsfraktion stelle ich daher an Sie, sehr geehrter Herr Bürgermeister, die

### **A n f r a g e :**

1. Sind die feuerpolizeilichen Auflagen insofern erfüllt, als das Objekt „Volkstheater“ für jedwede Form von Veranstaltung genutzt werden kann?

2. Ist das Grazer Volkstheater berechtigt, das ihr von der Stadt überlassene Objekt weiter zu vermieten?
  
3. Wird es aus Sicht der Stadt befürwortet, dass im Fröbelkomplex aufgrund der Weitergabe von Räumlichkeiten religiöse Veranstaltungen von Freien Christengemeinden/Pfingstgemeinden stattfinden?

*Der Bürgermeister erklärt, die Anfrage wird der geschäftsordnungsmäßigen Behandlung zugewiesen.*

#### **4) Kontrolle NichtraucherInnenschutz in der Gastronomie**

GR. **Baumann** stellt folgende Anfrage:

**Motivenbericht nur schriftlich:**

Seit 1. Jänner 2009 gelten die NichtraucherInnenschutzbestimmungen in der Gastronomie, deren Einhaltung von den jeweiligen Bezirksverwaltungsbehörden, in Graz also vom Magistrat, zu kontrollieren ist. Nur eine effektive Kontrolle und im Übertretungsfall auch Sanktionen stellen sicher, dass Gäste aber auch das in der Gastronomie beschäftigte Personal im Sinne des Gesetzes ausreichend geschützt werden.

Daher richte ich an Sie folgende

**Anfrage:**

Wie viele Verstöße der NichtraucherInnenschutzbestimmungen in der Gastronomie wurden seit 1. Juli 2010 (Ende der Übergangsfrist) bei der zuständigen Behörde angezeigt?

Wie viele Hinweise/Meldungen bezüglich Nichteinhaltung der NichtraucherInnenbestimmungen in der Gastronomie wurden seit 1. Juli 2010 bei der zuständigen Behörde eingebracht?

Wie wurde von Seiten der Behörde mit diesen Hinweisen/Meldungen umgegangen?

Wie viele Strafen wurden in Graz seit 1. Juli 2011 für Verstöße gegen die NichtraucherInnenschutzbestimmungen in der Gastronomie verhängt?

***Der Bürgermeister erklärt, die Anfrage wird der geschäftsordnungsmäßigen Behandlung zugewiesen.***

## **5) Stärkung der Position der Beiräte der Stadt Graz**

GRin. **Binder** stellt folgende Anfrage:

### **Motivenbericht nur schriftlich:**

Sehr geehrter Herr Bürgermeister, in Ihrer Antwort auf meinem Antrag vom 7. 7. 2011 bezüglich Beiräte der Stadt Graz halten Sie unter anderem Folgendes fest: „Zur Verbindlichkeit von Empfehlungen, Stellungnahmen etc. von Beiräten kann generell festgestellt werden, dass ein Beirat ein Gremium mit beratender Funktion

ist. Beiräte haben meist keine Entscheidungsbefugnisse und Kontrollfunktion, sondern beschränken sich auf Beratungen und Empfehlungen.“

Dazu möchte ich Folgendes feststellen: Auch mir ist bekannt, dass – wie schon aus dem Wort Beirat ersichtlich – es sich bei einem Beirat um ein Gremium handelt, das eine beratende Funktion hat. Jedoch genau um die Sicherstellung dieser beratenden Funktion für Politik und Verwaltung der Stadt Graz geht es mir.

Im Konkreten: Wie kann ein Beirat dieser Funktion sinngemäß nachkommen, wenn ihm zum einen die notwendigen Informationen für eine Beratungstätigkeit oft nicht zeitgerecht oder gar nicht zukommen und zum anderen die Empfehlungen kaum Eingang in die stadtpolitischen Entscheidungen finden? Genau hier sehe ich einen notwendigen und dringlichen Handlungsbedarf.

„Graz braucht dich“, ist der Titel Ihrer Veranstaltung am 27.1., vielleicht auch Ihr Wahlkampfauftakt. Ja, Graz braucht die Bürgerinnen und Bürger, braucht die Expertise und die Erfahrungen seiner Beiräte. Damit die Beiräte der Stadt Graz tatsächlich ihrem Auftrag nachkommen können, müsste beispielsweise sichergestellt werden, dass die StadtsenatsreferentInnen regelmäßig Kontakt mit jenen Beiräten aufnehmen, die in dem ihnen zugeordneten Sachbereich tätig sind.

Daher richte ich an Sie, sehr geehrter Herr Bürgermeister, folgende

### **Anfrage:**

Können Sie sich vorstellen, im Sinne des Motivenberichtes darauf hinzuwirken, entsprechende Strukturen und Regelungen zu schaffen, die eine transparente und verbindliche Einbeziehung der Beiräte im Sinne von beratenden Gremien gewährleistet?

*Der Bürgermeister erklärt, die Anfrage wird der geschäftsordnungsmäßigen Behandlung zugewiesen.*

## 6) Kurzparkzonen

GR. **Eber** stellt folgende Anfrage:

### Motivenbericht nur schriftlich:

In der Luthergasse wurde die Kurzparkzone in einem Straßenabschnitt durch eine „darübergelegte“ Ladezone de facto ad absurdum geführt. Fakt war, dass zahlreiche AutofahrerInnen ihr Fahrzeug dort abstellten, in der Meinung, dass es sich tatsächlich um eine blaue Zone handelt, tatsächlich erhielten sie aber bereits nach wenigen Minuten – trotz gültigem Parkschein – ein Strafmandat. Dies führte zu berechtigtem Ärger.

In der Dezember-Gemeinderatssitzung stellte ich den Antrag auf Entfernung des Zusatzschildes „Ladezone“. Bereits nach wenigen Tagen wurde dieses Schild auch tatsächlich entfernt. An dieser Stelle möchte ich den dafür Zuständigen herzlich dafür danken.

Allerdings gibt es in der Stadt, insbesondere in der Innenstadt, wie etwa am und um den Dietrichsteinplatz weitere ähnlich gelagerte Fälle.

Namens des KPÖ-Gemeinderatsklubs stelle ich daher an Sie, sehr geehrter Herr Bürgermeister, folgende

**Anfrage:**

Sind Sie bereit, im Sinne des obigen Motivenberichts tätig zu werden und die zuständigen Stellen aufzufordern, derartige Fälle aufzuspüren und eine eindeutige Kennzeichnung – also entweder Kurzparkzone oder Ladetätigkeit – vorzunehmen?

***Der Bürgermeister erklärt, die Anfrage wird der geschäftsordnungsmäßigen Behandlung zugewiesen.***

#### **7) Lkw-Parkplatz der Fa. Glettler**

GR. **Eber** stellt folgende Anfrage:

##### **Motivenbericht nur schriftlich:**

Bereits im September 2009 stellte Klubobfrau Ina Bergmann den Antrag, das Umweltamt und die zuständigen Stellen mit der Überprüfung des LKW-Parkplatzes der Firma Glettler in Bezug auf die Feinstaubverordnung der Stadt Graz zu beauftragen.

Zur Erinnerung: Der genannte Parkplatz befindet sich am Firmensitz der Fa. Glettler in der Südbahnstraße in unmittelbarer Nähe der Fa. Großschädl. Es handelt sich um einen nicht befestigten Parkplatz, was beim Ankommen und bei der Abfahrt der Schwertransporter (z. T. mit Anhänger) zu einer enormen Staubentwicklung führt. Auf Anfrage des Bezirksrats wurde von der Firma Glettler mitgeteilt, dass sich der Parkplatz in Besitz der Firma Asset One befinde und die Fa. Glettler daher nicht zuständig sei.

Namens des Gemeinderatsklubs der KPÖ stelle ich daher folgende

### **Anfrage:**

Wurde das Umweltamt bzw. andere dafür zuständige Ämter und Behörden mit der Überprüfung des genannten Parkplatzes beauftragt?

Wenn ja, zu welchen Ergebnissen und Schlussfolgerungen führte diese Überprüfung?

Wenn nein, warum nicht?

*Der Bürgermeister erklärt, die Anfrage wird der geschäftsordnungsmäßigen Behandlung zugewiesen.*

### **8) Attraktivierung des Park-&-Ride-Platzes Fölling und bessere Auslastung der Linie 211**

GR. Mag. **Fabisch** stellt folgende Anfrage:

#### **Motivenbericht nur schriftlich:**

Viele Monate sind seit der Inbetriebnahme der P-&-R-Anlage in Mariatrost vergangen, und doch ist es bis zum heutigen Tag leider nicht gelungen, für eine respektable Auslastung zu sorgen. Auch die hier zur Verfügung stehende Linie 211 wird von der Bevölkerung sehr schlecht angenommen. Mögliche Ursachen sind hier unter anderem mangelnde Ein- und Ausstiegsmöglichkeiten zwischen den beiden Endstationen Mariatrost und Jakominiplatz.

Namens des KPÖ-Gemeinderatsklubs stelle ich daher an Sie, sehr geehrter Herr Bürgermeister, folgende

### **Anfrage:**

Welche Schritte sind geplant, um in der Bevölkerung für eine bessere Akzeptanz sowohl der P-&-R-Anlage in Fölling als auch der dazu gehörenden Buslinie 211 zu sorgen?

*Der Bürgermeister erklärt, die Anfrage wird der geschäftsordnungsmäßigen Behandlung zugewiesen.*

#### **9) Wie geht es mit der (Märchen-)Grottenbahn im Schloßberg weiter?**

GR. Mag. **Fabisch** stellt folgende Anfrage:

#### **Motivenbericht nur schriftlich:**

Vor wenigen Tagen fand die letzte Fahrt der Märchengrottenbahn im Schloßberg statt. Der Andrang war so groß, dass vom Betreiber Überstunden gemacht werden mussten.

Nun ist von einer Umstrukturierung, von neuen pädagogischen Konzepten die Rede. Viele Fans der alten Märchengrottenbahn befürchten jedoch, dass durch Budgeteinsparungen möglicherweise eine gut angenommene, liebgewordene Einrichtung und ein touristisches Highlight für immer verschwinden wird.

Namens des KPÖ-Gemeinderatsklubs stelle ich daher an Sie, sehr geehrter Herr Bürgermeister, folgende

### **Anfrage:**

Warum hat die Stadt Graz nicht für den Weiterbetrieb in bestehender Form gesorgt?  
Welche neuen Konzepte sollen nun zum Tragen kommen und wann darf man wieder mit einer Inbetriebnahme rechnen?

*Der Bürgermeister erklärt, die Anfrage wird der geschäftsordnungsmäßigen Behandlung zugewiesen.*

#### **10) Hinweis auf Grüne Zonen in der Laudongasse**

GRin. Mag.<sup>a</sup> **Taberhofer** stellt folgende Anfrage:

#### **Motivenbericht nur schriftlich:**

Wer von der alten Poststraße in die Laudongasse einbiegt, findet kein Hinweisschild in Bezug auf die dort geltende Grüne Zone bzw. auf der linken Seite nicht einmal eine Bodenmarkierung. AnrainerInnen wissen natürlich, dass Parken in der gesamten Laudongasse gebührenpflichtig ist. Wer jedoch nicht aus Graz kommt und mit den Gegebenheiten vor Ort nicht vertraut ist, riskiert aufgrund mangelnder Information eine Strafe.

Deshalb stelle ich namens des KPÖ-Gemeinderatsklubs an Sie, sehr geehrter Herr Bürgermeister, folgende

## **A n f r a g e :**

Sind Sie bereit, sich bei den verantwortlichen Stellen dafür einzusetzen, dass in der Laudongasse ein für alle ersichtlicher Hinweis auf die Grüne Zone angebracht wird?

*Der Bürgermeister erklärt, die Anfrage wird der geschäftsordnungsmäßigen Behandlung zugewiesen.*

### **11) Kosten für externe Beraterhonorare**

GR. Hötzl stellt folgende Anfrage:

#### **Motivenbericht nur schriftlich:**

Die politische Arbeit in den einzelnen Ressorts erfordert das Einholen von "Expertenmeinungen" zu bestimmten Themen. In der Vergangenheit gab es aber - nicht nur in Graz - immer wieder Diskussionen über die Höhe der Honorare und die Modalitäten der entsprechenden Auftragsvergaben.

Um für die Stadt Graz Transparenz zu erhalten, richte ich im Namen des freiheitlichen Gemeinderatsklubs an Sie, sehr geehrter Herr Bürgermeister, nachfolgende

## **A n f r a g e :**

Wie hoch sind die Kosten für externe Beraterhonorare in den einzelnen Ressorts des Stadtsenates, aufgeschlüsselt auf die entsprechenden Beratungsunternehmen bzw. Berater und mit einem Hinweis, wofür die Beratung stattgefunden hat?

*Der Bürgermeister erklärt, die Anfrage wird der geschäftsordnungsmäßigen Behandlung zugewiesen.*

## 12) Lärm im Uni-Viertel

GR. Mag. **Korschelt** stellt folgende Anfrage:

### **Motivenbericht nur schriftlich:**

Das Lärmproblem im Uni-Viertel hat den Gemeinderat der Stadt Graz nicht zu Unrecht über Jahre beschäftigt. Wir sind unseren Bürgern im Uni-Viertel eine Lösung - sprich Ruhe - schuldig.

Leider sind die Vorgänge beispielgebend für den Umgang mit vielen anderen Gemeinderatsanträgen. Der Gemeinderat beschließt dringliche Anträge, Anträge und stellt Anfragen.

Weitere Informationen über das Schicksal dieser Initiativen dürfen die Gemeinderäte dann oftmals nur mehr den Medien entnehmen.

Ich richte daher im Namen des freiheitlichen Gemeinderatsklubs an dich, sehr geehrter Herr Bürgermeister, nachfolgende

**Anfrage:**

Bist du bereit, einen mündlichen Bericht über den Stand der Dinge "Lärm im Uni-Viertel" zu geben?

***Der Bürgermeister erklärt, die Anfrage wird der geschäftsordnungsmäßigen Behandlung zugewiesen.***

### **13) Heimgartenanlage Theodor-Körner in Graz Andritz**

GR. Ing. **Lohr** stellt folgende Anfrage:

**Motivenbericht nur schriftlich:**

Zur im Betreff angeführten Heimgartenanlage habe ich an Sie, sehr geehrter Herr Bürgermeister, bereits am 14.04.2011 die Anfrage gerichtet, ob Sie bereit wären, mit den zuständigen Stellen der Eigentümer in Kontakt zu treten, um einen dauerhaften Verbleib dieser Anlage auf dem aktuellen Grundstück zu gewährleisten.

Meine Anfrage blieb trotz Ablaufs der geschäftsordnungsmäßig vorgesehenen Beantwortungsfrist unbeantwortet. Mittlerweile haben sich die verunsicherten Heimgartenbetreiber bzw. deren Mitglieder wiederholt an verschiedene politische Parteien und an die vermeintlich zuständigen Behörden gewandt, um Klarheit über die Zukunft ihrer Anlage zu erhalten.

Da es auch zu den Aufgaben der Politik gehört, die Bürger über etwaige Veränderungen rechtzeitig zu informieren und auch einen Zustand der Rechtssicherheit herzustellen, ist es unangebracht, wenn sich der Bürgermeister als höchster Vertreter unserer Stadt dauerhaft verschweigt.

Eine wiederholte persönliche Nachschau meinerseits vor Ort ergab, dass die sanitären Einrichtungen – entgegen anders lautenden Behauptungen – den Erfordernissen der Gegenwart entsprechen, zumal die gesamte Anlage für den Zweck ihrer aktuellen Nutzung geradezu prädestiniert erscheint. Daher richte ich nun unter wiederholtem Hinweis auf meine Anfrage vom 14.04.2011 an Sie, sehr geehrter Herr Bürgermeister, neuerlich eine Anfrage selben Inhalts und formuliere diese daher wie folgt.

### **Anfrage:**

Sind Sie bereit, mit den zuständigen Stellen der Eigentümerin in Kontakt zu treten, um einen dauerhaften Verbleib gegenständlicher Heimgartenanlage auf dem im Betreff angeführten Grundstück zu gewährleisten?

*Der Bürgermeister erklärt, die Anfrage wird der geschäftsordnungsmäßigen Behandlung zugewiesen.*

**14) Auskunft, bis wann die Videokameras in den Grazer Öffis in Betrieb genommen und genützt werden**

GR. Mag. **Mariacher** stellt folgende Anfrage:

#### **Motivenbericht nur schriftlich:**

Der guten Ordnung halber darf ich wiederholt darauf hinweisen, dass es selbstverständlich beim Einsatz von Videokameras in öffentlichen Verkehrsmitteln nicht um ein „Rundum-Beschnüffeln“ unserer zahlenden Fahrgäste und damit

unserer BürgerInnen geht. Die mittels Videokameras aufzunehmenden Daten und Bilder sollen jedoch dann uneingeschränkt und vollständig zur Verfügung stehen, wenn „etwas passiert“, wie z.B. bei Rowdytum, bei Schlägereien, bei Diebstählen oder gar Raub, bei sexuellen Belästigungen und klarer Weise auch in allen Fällen, in denen von einem Fahrgast die Notstopp-Taste gedrückt wurde. Wenn der Einsatz von Videokameras in den Grazer Öffis ident zur Vorgehensweise in Wien solide geregelt wird und funktioniert, wird das auch hier bei uns in Graz die bezweckte und in Wien sich schon entfaltende Wirkung erzielen.

In diesem Zusammenhang ersuche ich um Beantwortung nachfolgender Frage:

Bis wann, sehr geehrter Herr Bürgermeister, wird die teils technisch schon vorhandene und teils auch gar schon installierte Videoüberwachung in Grazer Öffis – als Element der Abschreckung genauso wie als wirksames Element um Gewalttaten und Verbrechen via verbesserter Aufklärung rascher und trefflicher der Justiz zuzuführen – in Betrieb genommen und genützt, und sollte dies terminlich nicht konkret absehbar erscheinen, ersuche ich Sie bitte um Ihre Auskunft darüber, woran eben das liegt.

***Der Bürgermeister erklärt, die Anfrage wird der geschäftsordnungsmäßigen Behandlung zugewiesen.***

**15) Plan der Energie Steiermark AG bzw. der Energie Graz GmbH & Co KG zum Einsatz von Smart Grids: Erkennbare substantielle Gefahren durch Mängel bei Datenschutz und Datensicherheit sind nicht aus dem Weg geräumt**

GR. Mag. **Mariacher** stellt folgende Anfrage:

**Motivenbericht nur schriftlich:**

Ich beziehe mich insbesondere auf folgende Unterlage:

<http://www.e-control.at/de/konsumenten/strom/smart-meter>

Demnach fordert die neue Stromrichtlinie im 3. EU-Binnenmarktpaket die Einführung von „intelligenten Maßsystemen“, also Smart Meter, für alle Verbraucher, um aktiv an den Energiemärkten teilnehmen zu können. In dieser Richtlinie wird weiters ausgeführt, dass mindestens 80 % aller Stromkunden bis spätestens 2020 einen Smart Meter erhalten sollen.

Ich verweise dazu weiters auf meine Anfrage vom 22.9.2011 und auf die „Intelligente Messgeräte-AnforderungsVO 2011 – IMA-VO 2011“ [http://www.e-control.at/portal/page/portal/medienbibliothek/strom/dokumente/pdfs/IMAVO\\_BGBL\\_2011\\_II\\_339.pdf](http://www.e-control.at/portal/page/portal/medienbibliothek/strom/dokumente/pdfs/IMAVO_BGBL_2011_II_339.pdf) Ausgegeben am 25. Okt. 2011 – in Kraft getreten per 1. November 2011 IMA-VO 2011, §3 Abs. 12. „Die intelligenten Messgeräte haben den maß- und eichgesetzlichen und datenschutzrechtlichen Bestimmungen sowie dem

anerkannten Stand der Technik zu entsprechen.“ Dies ist, wie am 22.9.2011 meinerseits dokumentiert, nachweislich heute nicht einmal annähernd erreicht und wird es auch in absehbarer Zeit nicht gegeben – daher:

Zusammenfassend bedeutet das: Es gibt aus heutiger Sicht keinerlei Notwendigkeit vor 2020 zu diesem Thema aktiv zu sein bzw. zu werden. Dies ist auch kein Fehler, da es bis dato noch keinen konkret aufzeigbaren Nutzen gibt, der für die Grazerinnen und Grazer als Stromkunden lukrierbar wäre. Daher wäre es mit Sicherheit auch kein Fehler, in diesem Falle die weitere technische Entwicklung abzuwarten und die eingeräumte und damit zulässige Möglichkeit, nämlich bei den letzten 20% dabei zu sein, auszunützen.

Ich verweise hierzu analog auf die für Hauseigentümer und -besitzer entstandenen Kosten, die etwa durch „vorvorzeitige“ Pflichtumbauten bei den Postkästen entstanden sind. Denn erst jetzt setzen sich schön langsam seriöse Modelle durch, die kostengünstiger und effektiver sind und die „Frühumrüster“ zu den Verlierern degradiert haben.

Und wenn, wie bewiesen werden konnte, für Fachleute die bis dato vorliegende Smart Meter jedem Qualifizierten den Blick ins Wohnzimmer erschließen, samt Stromabschaltung nach dessen Belieben, dann drängt sich Geschäftemacherei-Verdacht der „Umrüst-Eiferer“ auf.

Vor diesem Hintergrund ersuche ich Sie, sehr geehrter Herr Bürgermeister, um Beantwortung nachfolgender Frage:

Sind Sie bereit, die Ihnen zugänglichen Möglichkeiten auszuschöpfen, um einschlägige Smart-Meter-Entwicklungen in der Stadt Graz und deren Beteiligungen solange hintanzuhalten und zu stoppen, um dadurch Rücksicht auf jene Bedenken übergeordneten Instanzen und Strukturen zu nehmen, die auf konkrete drohende Fehlentwicklungen etwa den mangelnden Schutz der Geräte und Systeme gegen Manipulation sowie den mangelnden Schutz gegen möglichen Missbrauch personenbezogener Daten – hingewiesen haben?

***Der Bürgermeister erklärt, die Anfrage wird der geschäftsordnungsmäßigen Behandlung zugewiesen.***